



Niederschrift

über die 28. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 23.08.2017, 17:00 Uhr, im Ratssaal,
Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Stadtvorstand

Beigeordneter Henno Pirmann

Ratsmitglieder

Ibrahim Al-Saffar

Gerhard Burkei

Evelyne Cleemann

Pascal Dahler

Judith Dahlhauser

Hedi Danner

Kurt Dettweiler

Thomas Eckerlein (bis Ende öT, 19:05 Uhr)

Christian Fochs

Christian Gauf

Dr. Christoph Gensch

Maria Goos-Hoefer

Thorsten Gries (ab TOP I/1.1 neu, 17:09 Uhr)

Ingrid Kaiser

Annegret Kirchner (bis Ende öT, 19:05 Uhr)

Elisabeth Metzger

Stephane Moulin

Volker Neubert

Matthias Nunold

Dr. Norbert Pohlmann

Fritz Presl

Christina Rauch

Walter Rimbrecht

Achim Ruf (bis Ende öT, 19:05 Uhr)

Dr. Dietmar Runge (bis Ende öT, 19:05 Uhr)

Gertrud Schanne-Raab

Gertrud Schiller

Dirk Schneider

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

Peter Schönborn
Elke Streuber
Pervin Taze
Gabriele Vogelgesang
Manfred Weber
Sabine Wilhelm

Protokollführung

Alessa Buchmann

von der Verwaltung

Werner Boßlet	(UBZ)
Heinz Braun	(Pressesprecher)
Werner Brennemann	(Stadtwerke)
Dr. Annegret Bucher	(Rechtsamt)
Benedikt Burkey	(Rechnungsprüfungsamt)
Dr. Julian Dormann	(Kämmerei)
Harald Ehrmann	(Bauamt)
Hermann Eitel	(Bauamt)
Jörg Eschmann	(Haupt- und Personalamt)
Hans Frenkle	(UBZ)
Heike Heb	(Personalrat)
Andreas Hüther	(OV Oberauerbach)
Steffen Mannschatz	(UBZ)
Christian Michels	(Bauamt)
Jörg Müller	(Bauamt)
Susanne Murer	(OVin Mörsbach)
Isolde Seibert	(OVin Rimschweiler)

Abwesend:

Vorsitz

Oberbürgermeister Kurt Pirmann

Stadtvorstand

Bürgermeister Rolf Franzen

Ratsmitglieder

Bernhard Düker
Gerhard Hemmer
Hannelore Krauskopf
Dr. Wolfgang Ohler
Josef Reich
Bernhard Schneider

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

Tagesordnung

- 1 *Satzungsangelegenheit Rimschweiler*
- 1.1 *Entwicklung einer Klarstellungssatzung gemäß § 34 Abs.4 Ziff. 1 BauGB für den Bereich Gemarkung Rimschweiler zwischen Bahnhofstraße, Vogesenstraße und Forstbergstraße;
Im Namen der Fraktionsvorsitzenden von CDU, FWG, FDP, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, PBZ
Vorlage: 10/0854/2017*
- 1.2 *Beschluss einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB in der Gemarkung Rimschweiler;
Antrag der Fraktion der SPD
Vorlage: 10/0852/2017*
- 1.3 *Stellungnahme der Verwaltung
Vorlage: 30/0855/2017*
- 2 *Weisungserteilung gemäß § 88 GemO für*
 - a) *Stadtwerke Zweibrücken GmbH*
 - b) *Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH**Vorlage: 20/0820/2017*
- 3 *Vergabeangelegenheiten*
- 3.1 *Umbau des Kreuzungsbereichs der Kreisstraße (Nr.2) im Bereich Lanzstraße/Gottlieb-Daimler-Straße zu einer Kreisverkehrsanlage;
Vergabe der Bauarbeiten
Vorlage: 60/0832/2017*
- 3.2 *Ausbau der Christoph-Knorr-Straße;
Vergabe der Bauarbeiten
Vorlage: 60/0837/2017*
- 4 *Herstellung der Erschließungsanlagen im Baugebiet "RI 17 Neugartenahnung"; Erhebung von Vorausleistungen auf den Erschließungsbeitrag
Vorlage: 60/0846/2017*
- 5 *Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
Bebauungsplanverfahren ZW 115/2 „Zwischen Quebecstraße und Obere Himmelsbergstraße, Teiländerung 2" im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB
-Beschluss über die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes ZW 115/2 „Zwischen Quebecstraße und Obere Himmelsbergstraße, Teiländerung 2"
-Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)
-Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentliche Auslegung)
Vorlage: 60/0847/2017*

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

- 6 Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
Bebauungsplanverfahren ZW 159 „Wohnen und Pflege am Fasanerieberg“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB
-Beschluss über die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes ZW 159 „Wohnen und Pflege am Fasanerieberg“
-Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB
-Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 60/0848/2017
- 7 Standortinitiative Südwestpfalz;
Kostenbeteiligung der Stadt Zweibrücken für das Jahr 2017
Vorlage: 10/0823/2017
- 8 Regelung der Dezernatsverteilung - Zustimmung zur Übertragung eines Geschäftsbereiches nach § 50 Abs. 4 Gemeindeordnung auf den künftigen Bürgermeister
Gauf ab 01.09.2017
Vorlage: 10/0815/2017
- 9 Änderung von Ausschüssen und Gremien;
Psychiatriebeirat;
Trägerversammlung des Jobcenters Zweibrücken;
Sportstättenbeirat
Vorlage: 10/0828/2017
- 10 Änderung beim Vorstand der Stiftung Landgestüt Zweibrücken
Vorlage: 10/0841/2017
- 11 Bestellung von Frau Birgit Heintz als Geschäftsführerin der gemeinsamen Einrichtung "Jobcenter Zweibrücken";
Vorschlag an die Trägerversammlung
Vorlage: 10/0821/2017
- 12 Einführung von Tempo-30-Zonen im Stadtgebiet
(Antrag der Fraktion SPD)
Vorlage: 60/0844/2017
- 13 Einführung des Katastrophen-Frühwarnsystems KATWARN in Zweibrücken;
Antrag der Fraktion der CDU
Vorlage: 10/0853/2017
- 14 Anfragen von Ratsmitgliedern
- 15 Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt die SPD-Fraktion Punkt 12 (mit Unterpunkten) an die erste Stelle vorzuziehen, da dies auch im Interesse der anwesenden Bürger/innen sei.

Dem Antrag wird **e i n s t i m m i g** zugestimmt.

An der Abstimmung nahmen 33 Ratsmitglieder teil.

Des Weiteren beantragt die CDU-Fraktion, dass der neue TOP I/1.2 (gemeinsamer Antrag der CDU, Grüne, FWG, DIE LINKE, FDP und PBZ) als TOP I/1.1 behandelt wird, weil dieser der weitergehende Antrag sei.

Nach kurzer Aussprache einigt sich der Stadtrat **e i n s t i m m i g** auf eine gemeinsame Diskussion beider Anträge und darauf, im Anschluss zuerst über den gemeinsamen Antrag der CDU, Grüne, FWG, DIE LINKE, FDP und PBZ und dann über den Antrag der SPD-Fraktion abzustimmen.

An der Abstimmung nahmen 33 Ratsmitglieder teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt die SPD-Fraktion Punkt 12 (mit Unterpunkten) an die erste Stelle vorzuziehen, da dies auch im Interesse der anwesenden Bürger/innen sei.

Dem Antrag wird **e i n s t i m m i g** zugestimmt.

An der Abstimmung nahmen 33 Ratsmitglieder teil.

Punkt 1: **Satzungsangelegenheit Rimschweiler**
(öffentlich)

Punkt 1.1: **Entwicklung einer Klarstellungssatzung gemäß § 34 Abs.4 Ziff. 1**
(öffentlich) **BauGB für den Bereich Gemarkung Rimschweiler zwischen Bahn-**
hofstraße, Vogesenstraße und Forstbergstraße;
Im Namen der Fraktionsvorsitzenden von CDU, FWG, FDP, Die
Linke, Bündnis 90/Die Grünen, PBZ
Vorlage: 10/0854/2017

Punkt 1.2: **Beschluss einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB in der Gemar-**
(öffentlich) **kung Rimschweiler;**
Antrag der Fraktion der SPD
Vorlage: 10/0852/2017

Punkt 1.3: **Stellungnahme der Verwaltung**
(öffentlich) **Vorlage: 30/0855/2017**

Der Vorsitzende verweist auf die beiden Anträge und die Stellungnahme der Verwaltung.

Ratsmitglied Dr. Gensch erläutert den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, GRÜNE, FWG, DIE LINKE, FDP und PBZ und stellt klar, dass im Falle einer Klarstellungssatzung lediglich die Qualität im Innenbereich geregelt werden könne. Die Fragen der Erschließung, das Einfügen eines Bauvorhabens in die nähere Umgebung und das Rücksichtnahmegebot blieben der Prüfung der Baugenehmigungsbehörde vorbehalten. Die antragsstellenden Fraktionen sehen eine Trennung des Innen- vom Außenbereich durch den Radweg gegeben.

Ratsmitglied Moulin erläutert den Antrag der SPD-Fraktion und beschreibt den aktuellen Zustand als unbefriedigend für alle Beteiligten. Die SPD-Fraktion spreche sich nicht gegen eine Klarstellungssatzung aus. Sie halte es nur für sinnvoll, vor Aufstellung einer solchen Satzung alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen und die Bürger sowie den Stadtrat über alle Vor- und Nachteile, entstehende Kosten, etc. ausführlich zu informieren, um die richtige Entscheidung treffen zu können.

Ratsmitglied Wilhelm verweist erneut auf den Antrag der SPD-Fraktion von Februar 2016, in dem es um Informationen und Satzungsmöglichkeiten gegangen sei, um die Problematik zu lösen. Alle Fraktionen außer der SPD seien gegen eine Satzung gewesen. Sie warnt davor jetzt ohne erneute Prüfung eine Satzung aufzustellen, die dann im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Überprüfung gegebenenfalls wieder aufgehoben werden muss.

Mehrere Ratsmitglieder bitten zu beachten, dass eine Vergrößerung des Innenbereichs für die Bürger/innen auch Auswirkungen und Nachteile haben werde. Man solle sich die Zusatzkosten für ein externes Gutachten jetzt sparen und gleich entscheiden. Zudem habe es sich bei dem von Ratsmitglied Wilhelm angesprochenen Tagesordnungspunkt lediglich um eine Information und keinen Beschluss gegen eine Satzung gehandelt.

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

Der Vorsitzende stellt den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, GRÜNE, FWG, DIE LINKE, FDP und PBZ zur Abstimmung und weist darauf hin, dass im Falle einer Zustimmung zu diesem Antrag, der Antrag der SPD-Fraktion hinfällig sei.

Der Stadtrat fasst **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Dem Antrag der Fraktionen CDU, GRÜNE, FWG, DIE LINKE, FDP und PBZ wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Klarstellungssatzung gemäß § 34 Abs. 4 Ziffer 1 BauGB für den Bereich Gemarkung Rimschweiler zwischen Bahnhofstraße, Vogesenstraße und Forstbergstraße zu entwerfen. Dabei bietet sich als deutlich wahrnehmbare Grenze des Bebauungszusammenhangs vorliegend der parallel zur Vogesenstraße auf der früheren Eisenbahnstrecke verlaufende Radweg an.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	28
Nein:	0
Enthaltung:	6

An der Abstimmung nahmen 28 Mitglieder teil.

Verteiler:

Amt 60

Amt 30

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

Punkt 2: **(öffentlich)**

Weisungserteilung gemäß § 88 GemO für
a) Stadtwerke Zweibrücken GmbH
b) Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH
Vorlage: 20/0820/2017

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

1.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der Stadtwerke Zweibrücken GmbH:

Die Bilanzsumme beträgt: 48.777.089,65 €

Der Jahresüberschuss beträgt aufgrund des
im Geschäftsjahr 2003 abgeschlossenen Gewinn-
abführungsvertrages (geändert am 18.12.2008): 0,00 €

Anmerkung zur Verwendung des Jahresergebnisses:

Ergebnis **vor** Gewinnabführung, Ausgleichszahlung und
Ertragssteuern auf die Ausgleichszahlung: 5.639.102,74 €

Gemäß Gewinnabführungsvertrag in der Fassung vom
18.12.2008 erfolgt die Verwendung des Jahresergebnisses
2016 wie folgt:

abzüglich:

Gewinnabführung an die Stadtwerke Zweibrücken
Service GmbH: 3.791.781,49 €

Ausgleichszahlung an die Thüga AG, München,
gemäß § 3 Gewinnabführungsvertrag: 1.557.374,72 €

von der Stadtwerke Zweibrücken GmbH zu tragende
Ertragssteuern auf die Ausgleichszahlung: 289.946,53 €

Somit Jahresüberschuss: 0,00 €

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Feststellung
des Jahresabschluss 2016 und der Ergebnisverwendung zuzustimmen.

1.2 Entlastung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der
Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2016
zuzustimmen.

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

1.3 Wahl des Abschlussprüfers für die Prüfung des Geschäftsjahres 2017:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Empfehlung des Aufsichtsrates, die Firma BRV AG, Niederlassung Frankfurt/Main, mit der Prüfung des Geschäftsjahres 2017 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil. Die Herren Moulin und Schönborn befanden sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

Der Stadtrat fasst zudem **einstimmig** folgenden

Beschluss:

2.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH:

Die Bilanzsumme beträgt: 39.306.877,48 €

Der Jahresüberschuss beträgt: 2.746.883,79 €

2.2 Verwendung des Jahresüberschusses 2016 der Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH:

Aus dem Jahresüberschuss von 2.746.883,79 € wird ein Betrag von 2.746.000,00 € am 11.09.2017 ausgeschüttet. Der Restbetrag von 883,79 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Feststellung des Jahresabschluss 2016 und der Ergebnisverwendung zuzustimmen.

2.3 Entlastung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2016 zuzustimmen.

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

2.4 Wahl des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses des Geschäftsjahres 2017:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Empfehlung des Aufsichtsrates, die Firma BRV AG, Niederlassung Frankfurt/Main, mit der Prüfung des Geschäftsjahres 2017 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil. Herr Schönborn befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:
Amt 20

Punkt 3: **Vergabeangelegenheiten**
(öffentlich)

Punkt 3.1: **Umbau des Kreuzungsbereichs der Kreisstraße (Nr.2) im Bereich**
(öffentlich) **Lanzstraße/Gottlieb-Daimler-Straße zu einer Kreisverkehrsanlage;**
Vergabe der Bauarbeiten
Vorlage: 60/0832/2017

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Vergabe der Bauarbeiten zum Umbau des Kreuzungsbereichs der Kreisstraße (Nr. 2) im Bereich Lanzstraße / Gottlieb-Daimler-Straße zu einer Kreisverkehrsanlage in Höhe von 580.315,48 € Brutto an die Firma Peter Gross Hoch- und Tiefbau GmbH & Co. KG, Dudweilerstraße 80, 66386 St. Ingbert, auf Grund des Angebotes vom 19.07.2017 zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil. Ratsmitglied Schönborn befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:
Amt 60
84

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

Punkt 3.2: **Ausbau der Christoph-Knorr-Straße;**
(öffentlich) **Vergabe der Bauarbeiten**
 Vorlage: 60/0837/2017

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Dirk Schneider regt die Prüfung von Elektroladestationen in diesem Bereich an.

Ohne weitere Aussprache fasst der Stadtrat **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Vergabe der Bauarbeiten zum Ausbau der Christoph-Knorr-Straße in Höhe von 968.285,27 € Brutto an die Firma Wolf & Sofsky Hoch-, Tief- und Straßenbau GmbH & Co. KG, Johann-Schwebel-Straße 2, 66482 Zweibrücken, auf Grund des Angebotes vom 19.07.2017 zu.

Die Auftragserteilung für den Ausbau der Christoph-Knorr-Straße erfolgt zunächst in Höhe von 650.000,00 €. Die verbleibende Auftragserteilung in Höhe von 318.285,27 € erfolgt nach Sicherstellung der Finanzierung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil. Ratsmitglied Schönborn befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:

Amt 60

84

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

Punkt 4: **(öffentlich)**

Herstellung der Erschließungsanlagen im Baugebiet "RI 17 Neugartenahnung"; Erhebung von Vorausleistungen auf den Erschließungsbeitrag

Vorlage: 60/0846/2017

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Erhebung von Vorausleistungen im Abrechnungsgebiet „RI 17 Neugartenahnung“ nach der „Herstellungsalternative“ in Höhe des voraussichtlichen Erschließungsbeitrages.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 60

Punkt 5:
(öffentlich)

**Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
Bebauungsplanverfahren ZW 115/2 „Zwischen Quebecstraße und
Obere Himmelsbergstraße, Teiländerung 2“ im vereinfachten
Verfahren gem. § 13 BauGB
-Beschluss über die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des
Bebauungsplanes ZW 115/2 „Zwischen Quebecstraße und Obere
Himmelsbergstraße, Teiländerung 2“
-Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öf-
fentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)
-Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2
BauGB (Öffentliche Auslegung)
Vorlage: 60/0847/2017**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes ZW 115/2 „Zwischen Quebecstraße und Obere Himmelsbergstraße, Teiländerung 2“ im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist dem beiliegenden Lageplan (Anlage 1) zu entnehmen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit (Öffentliche Auslegung) gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB für den Bebauungsplan ZW 115/2 „Zwischen Quebecstraße und Obere Himmelsbergstraße, Teiländerung 2“ durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 60

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

Punkt 6: **(öffentlich)**

**Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
Bebauungsplanverfahren ZW 159 „Wohnen und Pflege am Fasanerieberg“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB
-Beschluss über die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes ZW 159 „Wohnen und Pflege am Fasanerieberg“
-Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB
-Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 60/0848/2017**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes ZW 159 „Wohnen und Pflege am Fasanerieberg“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist dem beiliegenden Lageplan (Anlage 1) zu entnehmen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für den Bebauungsplan ZW 159 „Wohnen und Pflege am Fasanerieberg“ durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 60

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

Punkt 7: **Standortinitiative Südwestpfalz;**
(öffentlich) **Kostenbeteiligung der Stadt Zweibrücken für das Jahr 2017**
 Vorlage: 10/0823/2017

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Zweibrücken beteiligt sich an der Finanzierung der Standortinitiative Südwestpfalz mit einem Betrag in Höhe von 34.000 € für den Leistungszeitraum 2017.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 10 – Wifö
Amt 20

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

Punkt 8: **Regelung der Dezernatsverteilung - Zustimmung zur Übertragung
(öffentlich) eines Geschäftsbereiches nach § 50 Abs. 4 Gemeindeordnung auf
den künftigen Bürgermeister Gauf ab 01.09.2017
Vorlage: 10/0815/2017**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Gauf begibt sich für diesen Tagesordnungspunkt in den Zuschauerraum.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Übertragung des o.g. Geschäftsbereichs (Dezernat II) an Herrn Christian Gauf zum 1. September 2017 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 10

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

Punkt 9: **Änderung von Ausschüssen und Gremien;**
(öffentlich) **Psychiatriebeirat;**
 Trägerversammlung des Jobcenters Zweibrücken;
 Sportstättenbeirat
 Vorlage: 10/0828/2017

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

1. Herr Christian Gauf wird zum 1. September 2017 in seiner Funktion als Sozialdezernent als Nachfolger von Bürgermeister Franzen in den Psychiatriebeirat gewählt. Seine Stellvertreterin bleibt Frau Elisabeth Metzger.
2. Herr Christian Gauf wird zum 1. Oktober 2017 als Vertreter der Stadt Zweibrücken in die Trägerversammlung des Jobcenters Zweibrücken gewählt.
3. Herr Dominik Becker wird als Nachfolger für Frau Ulrike Rohnert in den Sportstättenbeirat gewählt. Herr Helmut Kruber bleibt stellvertretendes Mitglied.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 10

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

Punkt 10: **Änderung beim Vorstand der Stiftung Landgestüt Zweibrücken**
(öffentlich) **Vorlage: 10/0841/2017**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Dem Stiftungsrat wird vorgeschlagen, Herrn Christian Gauf als Nachfolger für Herrn Rolf Franzen mit Wirkung vom 01.10.2017 in den Stiftungsvorstand der Stiftung Landgestüt zu wählen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder teil.

Verteiler:

Amt 10

Amt 20

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

Punkt 11: **(öffentlich)**

**Bestellung von Frau Birgit Heintz als Geschäftsführerin der gemeinsamen Einrichtung "Jobcenter Zweibrücken";
Vorschlag an die Trägerversammlung
Vorlage: 10/0821/2017**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und sagt zu, dass die Stellenausschreibung bereits in der Vorbereitung sei und das Besetzungsverfahren nicht lange dauern werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Stadtrat **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Der Trägerversammlung der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter Zweibrücken wird **empfohlen**, der Bestellung von Frau Birgit Heintz als Geschäftsführerin zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 10.5

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

Punkt 12: **Einführung von Tempo-30-Zonen im Stadtgebiet**
(öffentlich) **(Antrag der Fraktion SPD)**
 Vorlage: 60/0844/2017

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Verschiedene Ratsmitglieder bitten darum, sowohl im Bereich der KiTa Mörsbach und vorrangig im Bereich des AWO-Seniorenheimes eine Tempo-30-Zone und die Möglichkeit der Einführung eines Zebrastreifens zu prüfen.

Der Vorsitzende sagt zu, diese beiden Punkte durch die Verwaltung prüfen und im nächsten Verkehrsausschuss beraten zu lassen.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

1. städtischer Kindergarten „Hand in Hand“ in Mörsbach
- keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h
2. städtischer Kindergarten „Arche Kunterbunt“, Bleicherstraße 3
- keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h
3. Helmholtz-Gymnasium, Bleicherstraße 3
- keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h
4. städtische Kinderkrippe „Klitzeklein“, L 480, Saarlandstraße 5
- keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h
5. Alten-/Pflegeheim AWO, L 480, Saarlandstraße 5
- keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h
6. Spiel- und Lernstube der Stadt Zweibrücken – Niederauerbach, L 469, Sickingerhöhstraße
- keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h
7. BBS Zweibrücken (Ignaz-Roth-Schule), L 465, Landauer Straße 22
- keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h
8. Ehemals Hauptschule-Nord, L 469, Hofenfelsstraße 53
- keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h
9. Nardini-Klinikum St. Elisabeth, K 6, Kaiserstraße 14
- keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h
10. Ev. Kindertagesstätte – Fachhochschule, K 4, Amerikastraße 1
- keine weitere Veranlassung
11. Ev. Kindertagesstätte – Röntgenstraße 12
- Geschwindigkeitsreduzierung von 30 km/h zu den Öffnungszeiten

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

12. Prot. Kindertagesstätte Wallstraße, Wallstraße 31
- Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h ohne zeitliche Begrenzung
13. Kath. Kindertagesstätte „Heilig Kreuz“, Rosengartenstraße 12
- Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h ohne zeitliche Begrenzung
14. Spiel und Lernstube der Stadt Zweibrücken – Bubenhausen, Brückenstraße 8
- Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h ohne zeitliche Begrenzung
15. Hilgard-Grundschule Niederauerbach, Ackerweg 9
- Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h mit zeitliche Begrenzung
16. Thomas-Mann-Schule, Thomas-Mann-Schule 60
- zeitliche Begrenzung für die bereits bestehenden Geschwindigkeitsreduzierungen auf 30 km/h

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder teil.

Verteiler:

Amt 32

Amt 60

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

Punkt 13: **Einführung des Katastrophen-Frühwarnsystems KATWARN in**
(öffentlich) **Zweibrücken;**
 Antrag der Fraktion der CDU
 Vorlage: 10/0853/2017

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und schlägt vor, den Antrag in den Haupt- und Personalausschuss zu verweisen.

Ratsmitglied Dr. Gensch führt den Antrag kurz aus.

Der Stadtrat bittet um ausführliche Information zu diesem Thema mit dem Aufzeigen von verschiedenen Systemen.

Der Stadtrat beschließt **e i n s t i m m i g** diesen Tagesordnungspunkt in den Haupt- und Personalausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 32
10.1.1

Punkt 14: **Anfragen von Ratsmitgliedern**
(öffentlich)

1 **Anfragen von Ratsmitglied Nunold**

1.1 Pergola Goetheplatz

Ratsmitglied Nunold möchte wissen, wann der bereits in der Vergangenheit angekündigte Abriss bzw. Modernisierung der Pergola am Goetheplatz erfolgen solle.

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

1.2 Geschwindigkeitskontrollen im Stadtgebiet

Ratsmitglied Nunold erkundigt sich, ob die Stadt bereit wäre, beim Land einen Antrag auf Durchführung von Geschwindigkeitsmessungen durch die Stadt zu stellen.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erinnert, dass der Stadtrat sich bereits in der Vergangenheit gegen eine solche Anfrage entschieden habe, weil solche Anlagen in der Anschaffung und der zugehörigen Personalausstattung sehr kostenintensiv seien und man als Stadtrat nicht wollen könne, dass Bürger/innen abgezockt würden.

Ratsmitglied Nunold bittet um ausführliche schriftliche Beantwortung.

2 **Anfragen von Ratsmitglied Schanne-Raab**

BBE-Gutachten

Ratsmitglied Schanne-Raab bittet darum, dass zusätzlich zur erfolgten Zuleitung des BEE-Gutachtens noch eine Meinungsbildung im Stadtrat erfolgen sollte.

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung zur weiteren Vorgehensweise erfolgt schriftlich.

3 **Anfragen von Ratsmitglied Kaiser**

3.1 Bahnhaltepunkt Rosengarten

Ratsmitglied Kaiser erinnert, dass am 8.12.2010 vom Stadtrat einstimmig eine Gesamtauftragsvergabe an das Ingenieurbüro Schönhofen in Höhe von rund 188.300,00 € als vorläufige Summe. Im Sommer 2012 sollte dieser Bahnhaltepunkt angelegt werden. Sie bittet um Information der weiteren Planung.

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

3.2 Ehemalige Fahrzeughalle alte Feuerwache

Ratsmitglied Kaiser möchte wissen, wie die weitere Planung und der Zeitrahmen sind und was die Stadt in Sachen Außenmaßnahmen und Inneneinrichtung plant.

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

4 **Anfragen von Ratsmitglied Dirk Schneider**

4.1 E-Mobilität beim Vollzugsdienst

Ratsmitglied Dirk Schneider schlägt vor, das Thema E-Mobilität (Ninebot Mini, Mountainbikes, E-Roller, Segway, etc.) für den kommunalen Vollzugsdienst zu überprüfen.

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

4.2 Schaden beim Abriss der alten Feuerwache

Ratsmitglied Dirk Schneider verweist auf den entstandenen Schaden am Dach der ehemaligen Fahrzeughalle beim Abriss der alten Feuerwache und regt an, bei der Reparatur sinnvollerweise Toiletten einbauen zu lassen.

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

5 **Anfragen von Ratsmitglied Dr. Gensch**

Absperrung im Bereich des Fasaneriewaldes

Ratsmitglied Dr. Gensch kritisiert die Absperrung des Durchganges im Bereich der Wanderwege in der Fasanerie. Hierbei handle es sich um einen Teil Privatwald, welcher vom Eigentümer mit Ketten, Schildern und Absperrband verschlossen unzugänglich gemacht werde. Er bittet um Prüfung, in wessen Eigentum sich das Waldstück befinde und welche Möglichkeiten man habe, gegen das Versperren des Wanderweges vorzugehen.

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

6 Anfragen von Ratsmitglied Rimbrecht

Barrierefreiheit Fußgängerzone, Behindertenparkplätze und Barrieren bei Veranstaltungen

Ratsmitglied Rimbrecht hat folgende Anfragen:

- 6.1 Durch den Ausbau der Fußgängerzone ist ein großer Teil der Innenstadt behindertengerecht geworden. Es gibt jedoch noch immer Bereiche, z.B. in der Poststraße, die nur schwer mit einem Rollstuhl zu erreichen sind (z.B. Sanitätshaus Hund). Dort wäre es aber möglich, mit Hilfe von mobilen Rampen eine Lösung zu finden, bzw. den Geschäftsinhabern dafür eine Genehmigung zu geben.

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

- 6.2 Ihm lägen Beschwerden vor über den Zustand der Behindertenparkplätze und auch darüber, dass sie nicht selten von Nichtberechtigten blockiert werden. Auch das Ein- und Aussteigen sei manchmal schwierig, je nach dem Grad der Immobilität von Betroffenen. Er möchte wissen, ob veranlasst werden könnte, dass der Zustand dieser Parkplätze überprüft wird und ggf. das Problem gelöst wird.

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

- 6.3 Leider sei es notwendig geworden, große Veranstaltungen durch Barrieren zu schützen. Diese sind jedoch nicht immer leicht zu handhaben, unansehnlich und müssen immer wieder neu organisiert werden. Er fragt, ob es nicht sinnvoll wäre, dass die Stadt in einem Betonwerk für die Innenstadt passende Teile fertigen lässt und diese dann für alle Anlässe lagert. Durch eine entsprechende Formgebung könnten auch eine bessere Schutzwirkung und ein leichter Transport bei geringerem Gewicht erreicht werden. Vielleicht gäbe es auch am Markt fertige Teile zu kaufen.

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

7 Anfragen von Ratsmitglied Weber

Ampelanlage im Bereich Baustelle Autohaus Stoltmann hoch zum Verteilerkreisel

Ratsmitglied Weber weist darauf hin, dass die Bordsteine im Bereich der mobilen Ampelanlagen im Baustellenbereich zwischen dem Autohaus Stoltmann hoch zum Verteilerkreisel sehr hoch seien. Für einen gehbehinderten oder durch Rollatoren, etc. eingeschränkten Fußgänger oder Rollstuhlfahrer ist dieser Überweg nicht nutzbar.

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

Verteiler:

I

84

Amt 32

Amt 10.1.1

Amt 30 – ZEF

Amt 20

Amt 60

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

Punkt 15: Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse (öffentlich)

Der Vorsitzende gibt die im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse bekannt:

Der Stadtrat hat folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Einstellung von drei Angestellten wurde zugestimmt.
2. Zwei Beförderungen wurde zugestimmt.
3. Dem Verkauf eines städtischen Anwesens wurde zugestimmt.
4. Der Verleihung von zwei Stadtplaketten wurde zugestimmt.

28. Sitzung des Stadtrates am 23.08.2017

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19:35 Uhr.

Der Vorsitzende

Henno Pirmann
Beigeordneter

Die Schriftführer

Jörg Eschmann

Alessa Buchmann